

Für eine starke soziale Säule der EU statt Rückfall in den Nationalismus

Die Geschichte europäischer Einigung ist eine Erfolgsgeschichte. Vor allem deshalb, weil es uns gelungen ist, über 70 Jahre Frieden zu erhalten, den Kalten Krieg zu überwinden und Europa von Nord nach Süd und von Ost nach West zu einen. Es ist ein in der Geschichte der Menschheit einmaliger Vorgang. 28 souveräne Völker und Staaten haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam Gesetze zu beraten und zu beschließen, statt wie in der Vergangenheit mit Gewalt und Zerstörung übereinander herzufallen. Sie kamen alle freiwillig, keiner hat sie gezwungen. Denn: Mit der europäischen Einigung war immer auch ein Wohlstandsversprechen verbunden. Durch die Zusammenarbeit sollte es allen gemeinsam und auch jedem einzelnen Mitgliedstaat besser gehen. Dieses Versprechen wurde lange Zeit eingelöst. Und diese politischen Erfolge strahlen, allen Unzulänglichkeiten und Problemen innerhalb der EU zum Trotz, nach wie vor eine Sogwirkung auf Länder und Menschen außerhalb der EU aus, wie Beitrittsbegehren anderer Staaten zeigen.

Das Erfolgsmodell Europäische Integration zeigt aber seit dem Finanzmarktcrash 2007/2008 deutliche Risse. Das Gefälle zwischen Arm und Reich innerhalb der Mitgliedstaaten aber auch zwischen wirtschaftlich prosperierenden und hochverschuldeten Ländern Europas hat deutlich zugenommen. Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit hat in einigen Staaten unerträgliche Ausmaße erreicht. In der Krise findet die EU wegen der auseinanderdriftenden Interessen der Mitgliedstaaten keine gemeinsame Antwort. Es gibt Gewinner und Verlierer in einer bisher nicht bekannten Dimension. Und so fühlen sich immer mehr Menschen von der EU und ihren Erfolgen abgehängt. Die EU-Kommission und die Staats- und Regierungschefs im Rat der EU verfolgen seit Jahren eine gefährliche Wirtschaftspolitik, die in erster Linie Wettbewerb, Liberalisierung und Finanzstabilität propagiert, statt tatsächlich faire Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer zu schaffen. Die Regierungen begeben sich damit immer stärker in einen sozialen und steuerlichen Unterbietungswettbewerb. Das hat direkte negative Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation, Löhne und Kaufkraft. Ein willkommener Nährboden für Populisten und Nationalisten in allen EU-Mitgliedstaaten. Ein erstes Ergebnis dieser Politik und zugleich eine Warnung war der Brexit.

Es wäre fatal, würden wir das politische Feld diesen Kräften in Deutschland und Europa überlassen. Ein Rückbau der europäischen Einigung und ein Rückfall ins Nationale würden die innere Stabilität Europas gefährden und unser Auftreten nach außen deutlich schwächen. Aber ein „Weiter-so“, darf es ebenfalls nicht geben.

Deshalb ist Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement in Europa derzeit wichtiger denn je. Sie verleiht der bisher schweigenden Mehrheit der grundsätzlichen Befürworter der europäischen Einigung eine kritische Stimme. Wer sonst kann soziale Bürgerrechte, eine gerechtere Verteilung des Wohlstands in Europa, soziale Sicherheit, gute und sichere Arbeitsplätze, bessere Inklusion und Integration von benachteiligten Personen oder demokratische Teilhabe besser einfordern als diejenigen, die es konkret betrifft? Ein soziales Europa bedeutet allerdings nicht, dass wir unsere Sozialsysteme europäisieren müssen und überall in Europa der gleiche Lohn oder Rente gezahlt werden. Dafür sind die Sozialstrukturen und die ökonomischen Voraussetzungen in den Mitgliedstaaten noch viel zu unterschiedlich und die Regierungen näher am Geschehen, als es Brüssel jemals sein kann. Aber die EU könnte dafür sorgen, dass alle Mitgliedstaaten Mindeststandards sozialer Sicherung bereitstellen müssen. Und die EU könnte dies durch eine beschäftigungsfreundliche Wirtschafts- und Währungspolitik absichern. Damit würde sie die Voraussetzungen für eine gute Sozialpolitik in den Mitgliedstaaten schaffen. Eine sozialgerechte Wirtschafts- und Währungsunion muss durch eine feste sozialpolitische Säule getragen werden, die in einer notwendigen wirtschaftspolitischen Koordinierung der EU-Mitgliedstaaten genau solche Relevanz und Verbindlichkeit besitzt, wie gutes Haushalten. Davon sind wir auf EU-Ebene leider weit entfernt.

Immer wieder hat das Europäische Parlament vom Rat und Kommission eine Stärkung der sozialen Dimension im sogenannten Europäischen Semester gefordert, um soziale Ungleichheiten besser bekämpfen zu können. Den ersten wichtigen Schritt in diese Richtung unternahm die Kommission letztes Jahr mit der Veröffentlichung ihres Vorschlags zur „Europäischen Säule Sozialer Rechte“, die einen Beitrag zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion leisten soll. Im Rahmen eines öffentlichen Konsultationsprozesses konnten sich alle EU-Bürger und zivilgesellschaftliche Organisationen zu diesem Vorschlag äußern. Die Schwerpunkte der Konsultation zielten auf die Bestandsaufnahme des sozialen Besitzstands der EU, die Zukunft der Arbeit und der Wohlfahrtssysteme. Die Säule soll einen Referenzrahmen für zukünftige nationale und europäische Sozial- und Arbeitsmarktpolitik darstellen.

Bereits vor Ende der Konsultation veröffentlichte die Kommission im Oktober ihr Arbeitsprogramm für 2017, in dem deutlicher wird, was die Kommission mit der Säule bezweckt. Es sieht u.a. Initiativen in den Bereichen Vereinbarkeit von Familie und Berufs, besseren Zugang zum Sozialschutz und eine Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie. Allerdings: Die Platzierung der „Säule sozialer Rechte“ lediglich als Unterpunkt der Wirtschafts- und Währungsunion und die einseitige Fokussierung auf Erhöhung von Wettbewerbsfähigkeit zeigen, dass die beschäftigungspolitisch kontraproduktive Stabilitätspolitik weiterhin Vorrang gegenüber sozial- und arbeitsmarktpolitischen Zielen genießen. Die Stärkung eines europäischen Sozialmodells wird nicht angestrebt.

Umso wichtiger ist daher der vom Europäischen Parlament im Januar 2017 verabschiedete Initiativbericht zur Europäischen Säule sozialer Rechte. Auf Initiative der Sozialdemokraten fordern die Europaabgeordneten eine Stärkung und Modernisierung der sozialen Rechte in

Europa und die Ausgestaltung einer Säule, die ein echtes Gegengewicht zu der bisherigen wirtschaftspolitischen Koordinierung der EU darstellt. Zudem definieren sie klare Vorstellungen darüber, wie ein von der Kommission im Laufe dieses Jahres vorgeschlagenes Maßnahmenpaket auszusehen hat. Darunter sind u.a. eine Richtlinie für gerechte Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Beschäftigte, eine Kindergrundsicherung für alle Kinder, die in Armut leben, damit sie Zugang zur Bildung und Gesundheitsversorgung haben und die Ausweitung von sozialen Sicherungssystemen auf alle Formen der Beschäftigung, inkl. Selbständige.

Die Europäische Säule sozialer Rechte ist eine der wichtigsten Initiativen der EU, um das Grundproblem Europas, Sozialdumping und steigende soziale Ungleichheit, an der Wurzel zu packen und eine tatsächliche Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten zu erreichen.

Damit die Europäische Säule sozialer Rechte nicht nur eine Ansammlung an wohlgemeinten Absichten bleibt, muss auch die Zivilgesellschaft, müssen Sozialpartner und organisierte Bürgergesellschaft deutlich und öffentlich Stellung für eine progressive Sozialpolitik, gegen Sozial- und Steuerdumping, beziehen – in Deutschland und in Europa. Gelingt es uns gemeinsam nicht, die soziale Dimension im Rahmen einer veränderten Wirtschafts- und Währungspolitik in den Mittelpunkt zu rücken, wird Europa in die Hände von Nationalisten und Populisten fallen und damit scheitern.

Autor

Dr. Joachim Schuster, MdEP ist ehemaliger Staatsrat für Arbeit, Jugend und Soziales und anschließend für die Bereiche Gesundheit und Wissenschaft des Landes Bremen. Er ist seit 2014 für die SPD Mitglied des Europäischen Parlaments und darin Mitglied in den Ausschüssen Internationaler Handel sowie Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Zu seinen Schwerpunkten zählen einerseits die Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), Kanada (CETA) sowie den drei afrikanischen Regionen. Zum anderen liegt sein Fokus auf einer Abkehr vom Dogma der Austeritätspolitik hin zu nachhaltigem Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Kontakt: joachim.schuster@europarl.europa.eu

Weitere Informationen: www.joachim-schuster.eu

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de